



**Ein Probeexemplar bzw. ein Abonnement dieser zweimonatlich
erscheinenden Zeitschrift erhalten Sie bei:**

Verlag Humanwirtschaft

Geschäftsführerin Erika Schöning

Humboldtstraße 108

90459 Nürnberg

Telefon 09 11 / 4 30 07 71

Telefax 09 11 / 4 30 07 72

Überschuldung zerstört

Marode Finanzsysteme verhindern

Horst Boettcher

Eine Untersuchung über die Auswirkungen ungebremster Schuldenaufnahme

Die Weltwirtschaft und insbesondere die drei größten Wirtschaftsnationen - die USA, Japan und Deutschland - sind gekennzeichnet durch Überschuldung und wertlose Schulden sowie entsprechend wertlose Geldvermögen in mittlerweile unvorstellbarer Größenordnung. Überschuldung bedeutet finanzielle Belastung der Wirtschaft und der Menschen. Es erfolgt seit vielen Jahren auf allen staatlichen Ebenen ein Verlust von Arbeitsplätzen im Austausch mit steigenden Schulden und Zinszahlungen. Ein verheerender Tausch. Eine durchgreifende Erholung der Wirtschaft und Abbau der Arbeitslosigkeit ist bei Beibehaltung dieses Ringtausches nicht möglich.



Dr. Horst Boettcher
Jahrgang 1940,
Diplom-Wirtschafts-
Ingenieur,
Doktorgrad in
Staatswissenschaften,
wissenschaftliche
Assistententätigkeit,
viele Jahre in
der nationalen und
internationalen
Unternehmens-
beratung. Autor.

Allein die Aufzählung der finanziellen Katastrophen der vergangenen Jahre würde den zur Verfügung stehenden Platz für diese Ausführungen voll ausfüllen. Deshalb können wir hier nur eine kleine Auswahl der finanziellen Unfälle bringen und in der Kürze des zur Verfügung stehenden Platzes kann auch nicht immer die vollständige Begründung für die Entwicklungen gegeben werden.

Wir gehen ganz bewusst nicht in die Pampa nach Argentinien, sondern bleiben im Lande und geben damit nicht dem Vorurteil nach, finanzielle Desaster betreffen immer nur die anderen, die eben die Dinge nicht im Griff haben. Bei uns in Deutschland sind die Dinge viel gefährlicher, weil sich die finanziellen Desaster versteckter abspielen und eine Lobby haben, die die finanziellen Unfälle herunter spielen und schlimmer noch, andere Gründe für die finanziellen Fehlentwicklungen in den Vordergrund spielen. Im Allgemeinen herrscht im finanziellen Sektor das Mafia-Gesetz der Omerta. Reden ist Silber und Schweigen ist Gold. Wir erfahren nur einen Bruchteil der finanziellen Unfälle. Alles, was nur irgendwie verheimlicht werden kann, wird unter der Decke gehalten. Denn wer möchte schon den Kritikern dieser Systeme auch noch die berechtigten Gründe für die Kritik auf dem Silbertablett servieren. Zum anderen werden die finanziellen Dinge als so kompliziert hingestellt, dass der normale Bürger entmutigt wird, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen oder sie gar zu verstehen.

Abbau von Personal als Allheilmittel?

Seit vielen Jahren gehört der Abbau von Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden zum guten Ton, ja zum Markenzeichen einer erfolgreichen Politik. Dahinter stecken massive finanzielle Zwänge. Am deutlichsten kann man das zur Zeit in Berlin sehen. Dort war es dem bankrotten Land Berlin möglich, innerhalb von wenigen Tagen eine Summe von 2 Milliarden Euro als Kredit aufzunehmen, um sie an die bankrotte Berliner Bank Gesellschaft weiterzureichen. Verzweifelte Einsparbemühungen beim Personal und den Einrichtungen des Landes Berlin sollen nun in den nächsten vier Jahren zumindest die Hälfte dieses Kredits wieder hereinholen. Ein sehr schlechter Tausch, der die Lebensbedingungen für viele Berliner deutlich verschlechtern wird. Den Gebern dieses Kredits muss klar sein, dass sie einen Kredit gegeben haben, der keinen Gegenwert hat. Wer so etwas als Kreditgeber tut und Zinsgewinne erzielen will, die gar nicht existieren, muss sich darüber im Klaren

Arbeitsplätze

gesunde Wirtschaft

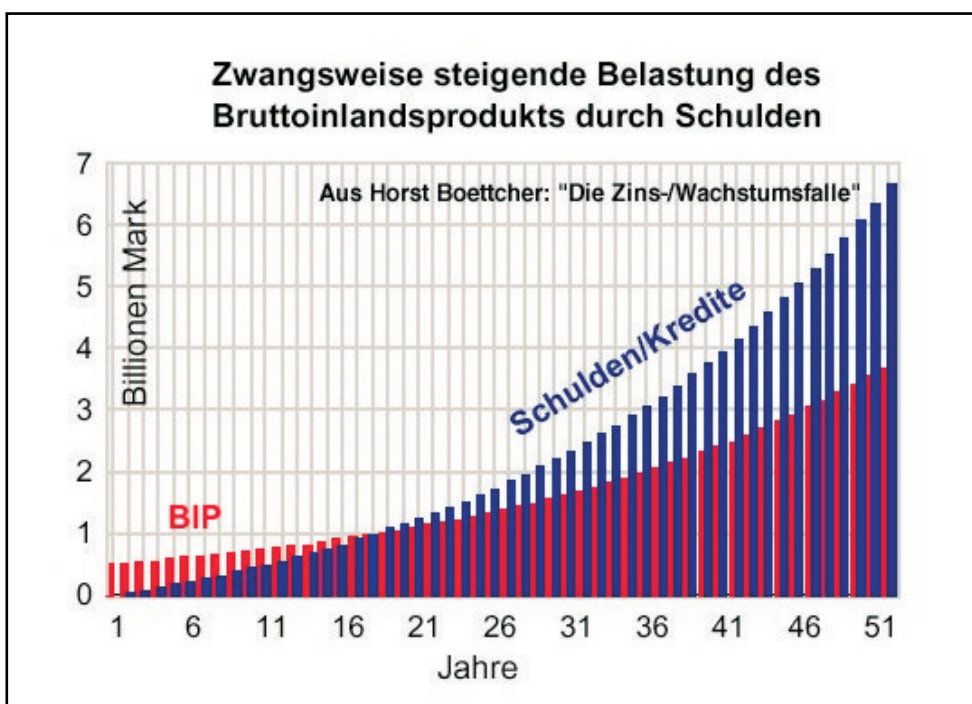
sein, dass sein Rückzahlungsanspruch tatsächlich, aber auch moralisch gefährdet ist. Das Kapital muss ungehindert zum besten Wirt gehen können, heißt der gut klingende Leitspruch des Kapitalismus. In Wahrheit produziert der Kapitalismus jedoch in großem Umfang skrupellos wertlose Schulden und Pseudo-Geldvermögen. Die Bedienung dieser Schulden wird nicht erwirtschaftet, wie es selbst die reine Lehre des Kapitalismus fordert, sondern wird den Bürgern in unerbittlicher Härte aus den Taschen gezogen. Wir müssen endlich damit aufhören, wertlose Schulden und wertlose Geldvermögen zu produzieren. Der Bund und die Länder finanzieren sogar die Zinsen für die Staatsschulden mit neuen Krediten oder Anleihen. Auch dies sind Schrottkredite und Schrottanleihen, die ganz systematisch und mit einer unglaublichen Dreistigkeit herausgegeben werden. Die Welt der Finanzen eignet sich deshalb so gut für Lug und Betrug, weil Anleihen und anderen verbrieften Schulden nicht anzusehen ist, dass sie Schrott sind. In der realen Welt ist es schlechterdings unmöglich, ein Schrottauto als neu zu deklarieren und jemand zum Neupreis zu verkaufen. Wenn Sie ein Schrottauto zum Neuwert verkaufen wollen, dann müssen Sie es wie der Bund und die Länder machen und den noch nicht zurückgezahlten Kredit z. B. für ein verschrottetes Polizeiauto über eine neue Anleihe zum Neuwert refinanzieren. So erhalten verschrottete Autos dank der Gnade von Bund und Ländern

das ewige Leben. Wir Bürger müssen für diese Anleihe ewig Zinsen zahlen und werden diese "Zahlungsverpflichtung" noch an unsere Kinder und Kindeskinde als Erblast weiterreichen. Wenn wir mit diesen kriminellen Praktiken (kriminell kann auch etwas sein, was Politiker für sich als straffrei erklärt haben) nicht endlich aufhören, ist eine Gesundung der Wirtschaft nicht möglich.

Auch die Kommunen sind pleite

In den letzten Wochen und Monaten war der Aufschrei der Kommunen nicht zu überhören. Auch sie sind bankrott. Dort kommt es inzwischen vor, dass sogar Gehälter über Kredite finanziert werden. Ein ebenso verbotenes wie sinnloses Vorgehen. Viel alarmierender ist es, dass wichtige kommunale Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr in Auftrag gegeben werden können. Einrichtungen wie Theater, Schwimmbäder, Büchereien und Kinderspielfläche werden geschlossen. Andere Einrichtungen, die man nicht schließen kann, wie Schulen, Straßen, Krankenhäuser, Gebäude verfallen und erfordern später ein Vielfaches an Reparaturkosten. Das letzte kommunale Eigentum wird verschleudert und dann zu erhöhten Kosten wieder zurückgeleast. Der aufgestaute Investitionsbedarf ist enorm:

"Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) kommt hier in seiner letzten Studie für die Jahre 2000 bis 2009 auf einen Betrag von sage und schreibe 1342 Milliarden DM (686 Mrd. Euro), 929 Mrd. DM in den alten und 413 Mrd. DM in den neuen Bundesländern. Zwei Drittel dieser Summe sind allein notwendig, um die bestehende, in der Regel schon mindestens drei Jahrzehnte alte Infrastruktur einigermaßen in Schuss zu halten. Um den in der Difu-Studie erfassten Investitionsbedarf bis zum Jahre 2009 zu decken, wäre eine starke Erhöhung der kommunalen Ausgaben für die Infrastruktur erforderlich: Jedes Jahr müssten 66 Milliarden DM investiert werden, fast dreimal soviel wie die tatsächlichen Investitionen im Jahre



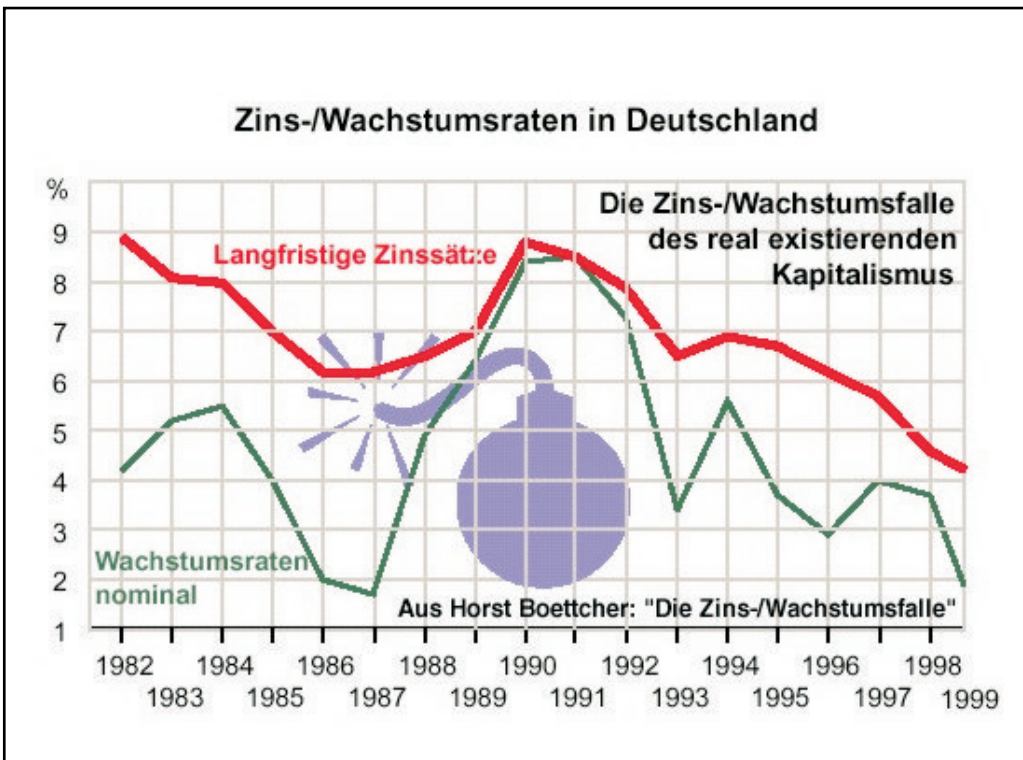
2001 in Höhe von 23 Milliarden DM." (Neue Solidarität 3/2002).

Diese zu geringen Investitionen in die Infrastruktur bedeuten natürlich auch einen deutlichen Abbau von Arbeitsplätzen, insbesondere in der Bauindustrie. Dieser Abbau hat in den Jahren 1995 bis 2001 ungefähr 470.000 Arbeitsplätze gekostet. Dort wo Arbeit vorhanden ist, wird sie nicht finanziert. Sei es aus Überschuldung oder durch wegbrechende Steuern. Wir müssen dem Wahn Adé sagen, dass immer weniger Steuern und immer weniger Staat ein Allheilmittel für eine prosperierende Wirtschaft ist. Man wird auch nicht sagen können, dass unsere führenden Wirtschaftsbosse bei Daimler, BMW, Telekom, dem trotz hoher Profite verblichenen Mannesmann, bei Banken und Versicherungen größeren Sachverstand haben als ein x-beliebiger Kämmerer in einer deutschen Mittel- oder Großstadt. So viel Geld wie diese Bosse (bei mehr als zwanzigfach besserer Bezahlung) in den letzten Jahren weltweit (man ist ja so global!) in den Sand gesetzt haben und sich zur Hälfte vom deutschen Steuerzahler haben ersetzen lassen, können auch die dümmsten Kämmerer nicht verschleudern. Deshalb ist eine vernünftige Finanzausstattung der Kommunen wertvoller als immer neue Steuersenkungsrunden, die zudem noch an dem die Arbeitsplätze schaffenden Mittelstand überwiegend vorbei gehen. Im letzten Jahr (2001) haben wir ungewollt ein großes Steuerexperiment durchgeführt und die These ad absurdum geführt, dass immer weniger Steuern zu immer mehr Arbeitsplätzen führen. Durch ungewollte und teilweise gewollte Steuerschlupflöcher bei der von der rot-grünen Bundesregierung durchgeführten Steuerreform ist die Körperschaftssteuer praktisch auf Null gesunken und die Gewerbesteuer hat sich ungefähr halbiert. Gerade in einem Jahr, in dem für die

Unternehmen das Steuerparadies auf Erden ausgebrochen ist, sind die größten Entlassungen vorgenommen worden. Wären die Steuern nicht weggebrochen, hätte ein Teil des Investitionsstaus aufgelöst werden können. Die beiden Unionsvorsitzenden haben jedoch vor, mit den beiden fatalen Konzepten von noch mehr Schulden und noch weniger Steuern den falschen und hilflosen Weg bis zum bitteren Ende zu gehen. Sie sind damit in der Tradition des Schuldenkanzlers Helmut Kohl, der es geschafft hat, in seiner Amtszeit den bereits vorgefundenen hohen Schuldenberg noch einmal zu verfünffachen. Kohl hat das Kunststück fertig gebracht, fünf Mal mehr Schulden zu machen als alle seine Vorgänger zusammen genommen. Heute noch nicht Geborene und deren Kinder sowie deren Kinder werden an diesem uns strangulierenden Schuldenberg noch abzahlen, wenn wir nicht die Kraft aufbringen, diese wertlosen Schulden und die ihnen entsprechenden Pseudogeldvermögen auszubuchen. Wir müssen uns aus der monetären Scheinwelt endlich verabschieden, können nicht endlos den Kopf in den Sand stecken und die reale Welt mit wertlosen Schulden belasten und strangulieren.

Unsere Vorzeigunternehmen an der Rockschrürze des Staates

Der Staat ist als Auftraggeber bestimmter öffentlicher Investitionen unverzichtbar. Diese Bereiche müssen auch nicht privatisiert werden. Denn ein Privater muss es nicht besser können als der staatliche Sachverstand. Aber wir sparen eine Eigenkapitalrendite von 15-25%, wenn nicht privat finanziert wird. Aber auch im nicht öffentlichen Bereich hängt die Industrie an der Rockschrürze des Staates wie ein Kleinkind mit Schnuller an der Schrürze der Mutter. Wenn BMW in Leibzig ein neues Werk errichtet, dann geht das nicht ohne ein staatliches Geschenk von sage und schreibe über 300 Millionen Euro. Als Dank dafür zahlt BMW kaum Steuern, weil ja der Ausflug von Großmannsucht, gepaart mit Unfähigkeit, z. B. bei Rover in Großbritannien dem deutschen Steuerzahler zur Bezahlung vorgelegt wird. BMW ist nur ein Beispiel unter vielen. Aber damit nicht genug, deutsche Firmen sind nicht mehr willens, Mindestlöhne zu zahlen, von denen ein Mitarbeiter zumindest leben (vegetieren) kann. Auch hier sind Zuschüsse (Kombilohn) gern gesehen. Ausbilden wird zunehmend lästig. Und Mitarbeiter über 45 Jahren



einzustellen ist ein zu großes Risiko. Aber jetzt wird nach den fehlenden Fachkräften gerufen. Und wenn das alles nichts nützt, dann zapfen wir den Ausbildungsmarkt der Dritten Welt an (welch ein Armutszeugnis und welche Unverfrorenheit), um die dort teuer ausgebildeten Arbeitskräfte abzuwerben.

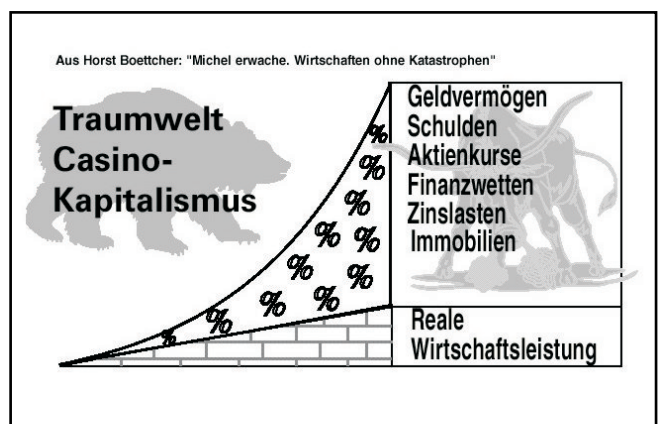
Die reale Welt muss wieder Vorrang haben

Es sind also viele Dinge aus dem Lot geraten. Wir müssen der Realwirtschaft wieder den absoluten Vorrang geben vor finanziellen Luftschlössern. Dazu sind viele Dinge denkbar, nur die immer wieder gebetsmühlenartig aufgesagten Rezepte taugen dafür nicht, wozu ja auch regelmäßige Forderungen nach Personalabbau, Lohnzurückhaltung und Lohnkürzungen sowie Abbau von Sozialleistungen und Steuerkürzungen gehören. Damit sollen dem gravierenden Denk- und Rechenfehler des Kapitalismus, der Zins-/Wachstumsfalle, die Giftzähne gezogen werden. Die Zins-/Wachstumsfalle ist der bestgehütete Krisenverursacher des Kapitalismus. Obwohl selbst die Bundesbank und ihr ehemaliger Präsident Helmut Schlesinger das Bestehen dieses Krisenelements nicht leugnen, haben die deutschen und auch die internationalen Medien noch nie den Mut aufgebracht, über diesen gravierenden Denk- und Rechenfehler des Kapitalismus zu berichten. Der Zins-/Wachstumsfalle kann es egal sein. Sie entfaltet ihr zerstörerisches Potential, ob nun die Medien darüber berichten oder nicht. Aber ohne die Wahrnehmung und Entschärfung dieses Krisenverursachers ist eine Gesundung unserer Wirtschaft nicht

möglich. Dazu gehört besonders der Abbau der wertlosen Schulden und Geldvermögen weltweit und bei uns. Wenn immer wieder potente Länder unter der Last von wertlosen Schulden und aufgeschuldeten Zinszahlungen Bankrott gehen und deren Bewohner als Nachfrager ausfallen, dann ist die Globalisierung der Finanzwirtschaft ein Irrläufer, der weitaus mehr Schaden als Nutzen stiftet. Es dürfte nicht so schwer zu erkennen sein, dass nur die Realwirtschaft Nutzen stiftet und dass finanzielle Schein- oder Sumpfblüten das genaue Gegenteil von gesellschaftlichem und individuellem Wohlstand bedeuten.

Mehr Informationen unter www.kapitalismusfehler.de

Kontakt zum Autor unter horstboettcher@web.de



Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1997:

Da eine hohe staatliche Kreditfinanzierung das Zinsniveau und damit das Zins-Wachstums-Verhältnis in der Regel ungünstig beeinflusst, kann es durch sich gegenseitig verstärkende Wechselwirkungen zu einem circulus vitiosus (=Teufelskreis, Schneeballsystem) kommen. Es kann im übrigen nicht beruhigen, daß ein die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate übersteigender Zinssatz eine auch weltweit vorherrschende Konstellation ist.

Bundesrechnungshof Jahresbericht 1991, Bundesdrucksache 12/1150, Seite 20:

Die fälligen Tilgungen (der Staatsschulden) werden vielmehr im wesentlichen durch neu aufgenommene Kredite finanziert. Dies kann im Ergebnis dazu führen, dass heute und in Zukunft Zinsen auch für solche Kredite gezahlt werden, deren Gegenwert ganz oder teilweise schon nicht mehr vorhanden ist.

Helmut Schlesinger, der ehemalige Bundesbankpräsident, und Coautoren in ihrem Buch "Staatsverschuldung ohne Ende?", 1993, Seite 47:

Die Finanzpolitik hat sich, oftmals im leichtfertigen Vertrauen auf inflationsbedingt niedrige Realzinsen, in eine starke Abhängigkeit vom gesamtwirtschaftlichen Wachstumspfad begeben und ist schließlich - teils mit verschuldet - in die Zins-Wachstums-Falle geraten, aus der auch ein weiteres Drehen an der Verschuldungsschraube nicht befreite, sondern die Problemlage letztlich nur noch verschärfte. Zu hinterfragen bliebe auch, ob die Erwartung gut fundiert ist, dass das wirtschaftliche Wachstum dem Zinsniveau vorauseilt und welchen Einfluss die Finanz- und Schuldenpolitik auf beide Schlüsselgrößen ausübt.

Ein Probeexemplar bzw. ein Abonnement dieser zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift erhalten Sie bei:

Verlag Humanwirtschaft , Geschäftsführerin Erika Schöning

Humboldtstraße 108 , 90459 Nürnberg

Telefon 09 11 / 4 30 07 71, Telefax 09 11 / 4 30 07 72